

# Bundesweites Netzwerk Sozialpsychiatrischer Dienste



## Netzwerk-Koordinierung

Dr. Matthias Albers  
Dr. Detlev Gagel  
Corinna Krämer  
Dr. Klaus Obert  
Klaus Petzold

Rundbrief Nr. 19 im Juni 2026

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Interessierte,

es ist wieder an der Zeit, über die Entwicklungen im Netzwerk zu berichten. Der letzte Rundbrief ist im August 2024 erschienen. Seitdem ist einiges geschehen. Vor allem hat der Koalitionsbruch der letzten Bundesregierung im November 2024 das abrupte Ende für einige Vorhaben und zumindest eine lange Pause für viele andere bedeutet.

Im darauffolgenden Wahlkampf war tatsächlich einmal Psychiatrie ein öffentliches Thema, leider aber in der Form der unsäglichen Forderung des CDU-Generalsekretärs Linneemann nach einem Gefährderregister für psychisch kranke Menschen. Auch wenn dieser konkrete Plan dann nicht unmittelbar aktiv weiterverfolgt wurde, legte sich die Innenministerkonferenz darauf fest, von der Gesundheitsministerkonferenz zu verlangen, in die PsychKGs eine Datenübermittlung an die Sicherheitsbehörden einzubauen. Die GMK kündigte damals an, bis Weihnachten 2025 eine Lösung finden zu wollen, um „um sowohl die Sicherheit der Gesellschaft als auch die Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen zu gewährleisten“. Davon war bis heute nichts mehr zu hören, aber Hessen hat (entgegen einer anderslautenden Presseerklärung aus dem Jahre 2024), in seiner PsychKG-Novelle 2025 eine Pflicht der Kliniken eingeführt, die Entlassung von „Gefährdern“ der Polizei zu melden.

Auch der Regierungsentwurf für die Novellierung des PsychKG Niedersachsen enthält eine derartige Vorschrift. Zu beidem gab es reichlich Widerspruch aus der Fachöffentlichkeit.

So wurde auf der gemeinsamen Tagung der Verbände des Kontaktgesprächs Psychiatrie „50 Jahre Psychiatrie Enquete“ in Leipzig am 2. und 3. Juni 2025 eine Resolution verabschiedet, die fordert, niedrigschwellige Zugänge zu verlässlichen Hilfesystemen zu eröffnen, statt durch die Einrichtung von Gefährderregistern bei Sicherheitsbehörden die Stigmatisierung psychisch kranker Menschen zu verstärken.

Dessen ungeachtet gibt es inzwischen aus NRW einen Regierungsentwurf, der zwar einige positive Neuerungen enthält, aber vor allem Rechte Betroffener einschränkt und Datenübermittlung an die Sicherheitsbehörden vorsieht.

Es wird zwar endlich der Gemeindepsychiatrische Verbund als Pflichtaufgabe der Psychiatriekoordination für alle Städte und Kreise verbindlich und es werden dafür auch dauerhafte Landesmittel zur Verfügung gestellt, aber es ist auch beabsichtigt, dass Polizei und Ausländerbehörde über die bevorstehende Entlassung von wegen Fremdgefährdung nach

PsychKG untergebrachten Personen informiert werden und dass bei diesen Personen das Gericht Belastungs-erprobungen (Beurlaubungen) untersagen kann. Während eine Information an die Unterkunft für Geflüchtete durchaus im Sinne der Person sein kann, die dorthin zurückkehrt, kann die Nachricht an die Zentrale Ausländerbehörde nur den Zweck haben, eine Festnahme zur Abschiebung an der Klinikpforte zu ermöglichen.

Die Steuerungsgruppe des Netzwerks hat ergänzend zu der Stellungnahme des Kontaktgesprächs Psychiatrie vom Juni 2025 ein Positionspapier verfasst, das aus der Perspektive der SpDi einige Punkte fokussiert und von unserer Homepage heruntergeladen werden kann: [Zur psychiatrischen Versorgungssituation und zur aktuellen Diskussion zu mutmaßlichen Gefährdern.](#)

Die Auseinandersetzung mit diesem Thema ist noch lange nicht zu Ende.

Erfreulich ist, dass die Stellungnahmen der DGPPN, insbesondere das aktuelle DGPPN-Umsetzungspapier „Versorgung stärken, Gewalt verhindern“, die Rolle des SpDi und des GPV bei der Weiterentwicklung psychiatrischer Hilfesysteme hervorheben. Dabei wird betont, dass diese Systeme einen niedrigschwelligen Zugang zu Behandlung ermöglichen und Behandlungsabbrüche vermeiden sollen. Zudem wird eine ausreichende Personalausstattung und Finanzierung entsprechend den von unserem Netzwerk formulierten Kernaufgaben gefordert. Beim Kongress „Psychiatrie im Spannungsfeld von Autonomie und Wohlergehen“ im Juni diesen Jahres wurde das wieder aufgegriffen.

Für die Verhandlungen über die Fortführung des „Pakt für den ÖGD“ war nach der Neuwahl lange Zeit Pause. Dann machte der Bundesrechnungshof grundsätzliche Bedenken geltend, weil Gesundheit Ländersache sei. Die Abteilung „Öffentliches Gesundheitswesen“ im BMG wurde von der neuen Gesundheitsministerin Warken aufgelöst. Schließlich erklärte

dann kürzlich ihr Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Kippels, die pandemische Lage sei beendet und daher gebe es auch keinen Grund, den Pakt für den ÖGD fortzuführen. Offen bleibt, ob all die Bundesländer, die sich in der Vergangenheit für einen leistungsfähigen Öffentlichen Gesundheitsdienst ausgesprochen haben, ohne einen Bundesbeitrag bereit sein werden, für einen Erhalt der neu geschaffenen Strukturen Geld aufzuwenden. Bisher gibt es dafür noch keine konkreten Hinweise.

Doch zurück zur Chronologie: Am 21. und 22. November 2024 fand die EUCOMS-Tagung mit dem Motto „Sustainable Mental Health in the Community“ in Lissabon statt. Thema war die portugiesische Psychiatriereform, in der gerade flächendeckend ein System von gemeindepsychiatrischen Zentren an Stelle der früheren krankenhausbasierten Versorgung entsteht. Ein ausführlicher Tagungsbericht ist in den SI 3/2025 unter dem Titel „Portugal: Drei Jahre bis zur Gemeindepsychiatrie“ erschienen.

Beim DGPPN Kongress 2024 wurden in einem Symposium unter dem Titel »Wenn die Seele glüht« verschiedene Modelle der Krisenintervention vorgestellt (s. Netzwerknachrichten SI 3/2025). Außerdem waren wir wieder mit dem gemeinsamen Infostand von Netzwerk und Fachausschuss Psychiatrie des BVÖGD präsent.

Beim BVÖGD Kongress im April 2025 in Erlangen gab es ein gut besuchtes Satellitensymposium zum Thema „Wohnungsverlust und Wohnungsvermüllung“ als Präsenzveranstaltung. Eine kurze Vorab-Zusammenfassung findet sich in den Netzwerknachrichten in den SI 1/2025 „Wohnungsverwahrlosung und pathologisches Horten“. Für alle, die in Erlangen nicht dabei sein konnten, planen wir ein Webinar zu diesem Thema in der zweiten Hälfte diesen Jahres.

Am 29. April 2025 fand die Abschlussveranstaltung zum Projekt „Fortführung des Dialogprozesses“ der APK statt, an dem wir als Netzwerk mitgewirkt haben. Der Abschlussbericht wurde im September 2025 veröffentlicht. Es bleibt abzuwarten, wie das BMG die Ergebnisse aufgreift, in jedem Fall ist es gelungen, in diesem Dialogprozess das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) als das für den SGB IX-Bereich zuständige Ministerium aktiv einzubeziehen, sodass jetzt erstmals das Thema der Verknüpfung von Gesundheits- und Teilhabeleistungen auch von der Teilhabeseite als Thema wahrgenommen wird. Das ist nach 50 Jahren Psychiatrie Enquete ein wirklich erwähnenswerter Fortschritt.

Wie bereits in den Vorjahren waren wir wieder an der Organisation der Veranstaltung des Kontaktgesprächs Psychiatrie „Gegen das Vergessen – Aus der Geschichte lernen“ für die Opfer von Zwangssterilisation und Krankenmord in Berlin beteiligt.

Am 13. November 2025 gab es eine Online-Buchpräsentation eines neuen Buches aus dem Netzwerk: „Sozialpsychiatrische Begleitung von Menschen in prekären Lebenslagen“, erschienen im Psychiatrie Verlag.

Auf der DGPPN Tagung 2025 waren wir wieder mit dem Infostand und einem Symposium „Aufgabe(n) der Sozialpsychiatrischen Dienste: personenzentriert und regional“ vertreten.

Das Satellitensymposium am 23. April 2026 beim diesjährigen BVÖGD Kongress in Wuppertal konnte wegen Raumproblemen leider nicht als Präsenzveranstaltung stattfinden, es fand daher online statt. Passenderweise war das Thema „Digitalisierungs(un)möglichkeiten in den Sozialpsychiatrischen Diensten“.

Der Konsentierungsprozess zur Kernaufgabe 5 „Sozialraumarbeit“ ist abgeschlossen. Derzeit werden die Druckvorlagen für die zweite Auflage der „Fachlichen Empfehlungen zu

Leistungsstandards und Personalbedarf Sozialpsychiatrischer Dienste“ erstellt. Wir rechnen damit, dass die frisch gedruckten Broschüren Ende Juli/Anfang August versendet werden können. Wir werden zwei Exemplare an alle SpDi schicken, deren Postadresse wir haben. Wenn Sie nicht sicher sind, ob die Postanschrift Ihres Dienstes bei der Netzwerkkordinierungsstelle bekannt ist, schreiben Sie gerne eine Nachricht an [corinna.kraemer@gesundheit-nds-hb.de](mailto:corinna.kraemer@gesundheit-nds-hb.de). Parallel zum Versand wird die zweite Auflage als PDF zum Download auf der Netzwerkhomepage verfügbar sein. Wer ein persönliches Exemplar der Broschüre haben möchte, sollte sich zur Tagung „Segel Setzen 2027“ anmelden, hier legen wir die restlichen Exemplare aus.

Die am 8. Mai 2025 gestartete Webinar Serie zu den fünf Kernaufgaben endete am 18. Juni 2026 mit einer Veranstaltung zur Kernaufgabe 5 „Sozialraumarbeit“.

Die Arbeit an der S3-Leitlinie für die SpDi ist gestartet, bis Ende 2027 soll der Prozess abgeschlossen sein. Die Mittel für dieses Projekt stammen noch aus dem Pakt für den ÖGD.

Für die zweite Jahreshälfte bereiten wir gerade eine Online-Umfrage zur Lage der SpDi vor. Dabei soll es um Personalausstattung und Aufgabenwahrnehmung gehen, insbesondere auch im Hinblick auf Stellenzuwächse und nun drohende Verluste im Zusammenhang mit dem Pakt für den ÖGD. Wir freuen uns auf eine hohe Rücklaufquote!

Zum Schluss noch eine erfreuliche Perspektive: Für 2027 planen wir wieder eine Präsenzveranstaltung „Segel Setzen!“ in Hannover, und zwar am 4. und 5. März 2027. Was auch immer in den nächsten Monaten in Bund und Ländern beschlossen wird und wie sich das auf die zukünftige Arbeit der SpDi und die Versorgung der chronisch psychisch erkrankten Menschen auswirkt - wir werden es auf der Tagung in Hannover gemeinsam reflektieren können. Hier werden auch die Ergebnisse aus

der zuvor erwähnten Umfrage vorgestellt werden.

Als weitere Termine seien erwähnt: die diesjährige Gedenkveranstaltung am 4. September 2026, das Netzwerktreffen Nord am 21. September 2026 in Elmshorn und das Netzwerktreffen Ost am 2. Dezember 2026 in Berlin-Charlottenburg.

Mit herzlichen Grüßen



Dr. Matthias Albers

Sie erreichen die Netzwerkkordinierungsstelle bei der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e.V. (Schillerstraße 32, 30159 Hannover) wie folgt:

Corinna Krämer  
[corinna.kraemer@gesundheit-nds-hb.de](mailto:corinna.kraemer@gesundheit-nds-hb.de)  
05 11 / 3 88 11 89 – 129